

Wahlprüfsteine der Landesvereinigung Baden in Europa e.V. für die Landtagswahl am 13.03.2016

Antworten - DIE LINKE.Baden-Württemberg

<p>Zentralisierung 1. Baden-Württemberg steuert seit Jahren einen zentralistischen Kurs mit einer starken Fixierung auf die Region Stuttgart.</p> <p>Dies geschah und geschieht zu Lasten der anderen Regionen des Landes und vor allem des badischen Landesteils und widerspricht auch dem in der Landesverfassung festgelegten dezentralen Prinzip.</p>	<p>Sind Sie bereit, sich für eine Korrektur dieser Politik einzusetzen, alle Landesteile zu fördern und mit dezentralen Strukturen die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Landes zu erhöhen?</p> <p>Dazu gehören auch die kritische Prüfung der künftigen Fusionen lokaler Institutionen sowie die Dezentralisierung von Landesbehörden.</p> <p>Setzen Sie sich für die Unterstützung regionaler Bereiche und mittelständischer Unternehmen ein?</p>	<p>DIE LINKE setzt sich für gleichwertige Lebensbedingung in allen Regionen des Landes ein. Wir fordern konkret eine Strukturpolitik, die insbesondere bei der Gestaltung der Verwaltung und auf Mitbestimmung durch partizipative Haushalte bis hin zu regionalen Räten setzt. Die öffentliche Daseinsvorsorge, vor allem in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Wohnen muss ausgebaut werden. Der Bedarf vor Ort hat hier klar Vorrang vor bereits privilegierten Regionen mit geringerem Bedarf.</p>
<p>Landtag 2. Die Stuttgarter Dominanz im baden-württembergischen Landtag ist ein Ärgernis und eine erhebliche Benachteiligung der anderen Regionen des Landes.</p> <p>Während der Bevölkerungsanteil dieses Raumes lediglich 19,1% beträgt, entspricht die Zahl der Abgeordneten 28,5% der Mitglieder des Landtages.</p>	<p>Sind Sie bereit, dieses krasse Missverhältnis in der nächsten Legislaturperiode durch politische Initiativen zu beseitigen und damit eine ausgewogenere Zusammensetzung des Landtags anzustreben?</p> <p>Welche Möglichkeiten sehen Sie, dieses Ziel durch Änderungen des Wahlgesetzes zu erreichen?</p>	<p>DIE LINKE setzt sich für eine Änderung des Wahlrechts zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg ein, insbesondere für die Einführung einer Zweitstimme, wie sie bei der Bundestagswahl und in vielen anderen Bundesländern üblich ist. Gegenwärtig werden durch das Wahlrecht vor allem verschiedenen Regionen, Frauen und kleinere Parteien benachteiligt. Ein der Bundestagswahl entsprechender Wahlvorgang würde die Situation verbessern und auch für eine bessere Ausgewogenheit der Regionen sorgen.</p>
<p>Finanzielle Unterstützung der Regionen 3. Die Konzentration großer und finanziell extrem</p>	<p>Sind Sie bereit, gegenüber der Landesregierung mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass die</p>	<p>Das Projekt „Stuttgart 21“ lehnen wir ab und unterstützen als einzige Partei auch weiterhin den</p>

<p>aufwendiger Vorhaben im Raum Mittlerer Neckar wie Stuttgart 21 hat dazu geführt, dass wichtige Projekte der Verkehrsinfrastruktur in anderen Teilen des Landes sträflich vernachlässigt werden. Darunter leidet besonders auch der badische Landesteil.</p>	<p>dringenden Verkehrsvorhaben in Baden, wie der Ausbau der Güterverkehrs- und ICE-Strecke bis Basel und deren Verknüpfung mit dem TGV-Est über Straßburg mit dem Ausbau der Appenweierer Kurve kurzfristig vorankommen? Sind Sie ferner bereit, sich für den Anschluss des Baden-Airparks an die A5 und den Schienenverkehr einzusetzen? Erklären Sie Ihre Unterstützung für die Weiterentwicklung des Baden Airparks?</p>	<p>Ausstieg. Auch halten wir dies juristisch für gangbar aufgrund überholter Angaben zur Volksabstimmung und zunehmenden Kosten, die weit über den vereinbarten Rahmen hinausgehen. Gegenüber prestigeträchtigen Großprojekten sind wir in der Regel eher kritisch. Allzu oft stellen diese eine direkte Bezuschussung von Unternehmen dar und sind strukturpolitisch nur selten sinnvoll. Auch die weitere Förderung des Baden-Airparks sehen wir kritisch. Dieser ist in der Vergangenheit bereits stark subventioniert worden, was vor allem den Fluggesellschaften, kaum aber den badischen Fluggästen, genutzt hat. Wir möchten die hierdurch freiwerdenden Mittel lieber in die regionale Daseinsvorsorge und vor allem in die regionale Infrastruktur stecken. Den weiteren Ausbau des Güter- und Personenverkehrs auf der Schiene halten wir für sinnvoll.</p>
<p>Tri-Nationale Oberrheinregion 4. Die Städtelandschaft am Oberrhein ist Teil einer starken europäischen Entwicklungsachse von Rotterdam bis Mailand. Sie stellt mit ihrer bereits bestehenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eine europäische Kernregion mit großen Zukunftschancen dar, die bisher zu wenig genutzt wurden. Die TMO Region hat in grenzüberschreitender Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft und anderen Institutionen eine große Perspektive.</p>	<p>Sind Sie bereit darauf hinzuwirken, dass dieser Raum, entsprechend dem Beschluss des Landtages von Baden-Württemberg, über das Rhein-Neckar-Dreieck hinaus zur Europäischen Metropolregion erhoben wird? Würden Sie eine mögliche Einbeziehung des Pamina-Raums und des Eurodistrikts Straßburg/Ortenau befürworten? Erklären Sie Ihre Bereitschaft zur Unterstützung dieser regionalen Strukturen im internationalen</p>	<p>DIE LINKE setzt sich für die stärkere grenzüberschreitende Kooperationen von Regionen ein, insofern stehen wir den genannten Projekten positiv gegenüber. Aus unserer Sicht stehen häufig vor allem bürokratische Hürden einer Kooperation im Weg. Die Erhebung zur Europäischen Metropolregion kann dies verbessern.</p>

	Verbund?	
<p>Städtebauförderung 5. Die Städtebauförderung sah in den Jahren 2008-2015 im Land Baden-Württemberg so aus, dass der Badische Landesteil 602 Mio Euro, der Württembergische Landesteil 932 Mio Euro erhalten hat. Berücksichtigt man die Bevölkerungsanteile müsste Baden 652 Mio Euro und der Württembergische Teil mit nur 882 Mio Euro berücksichtigt werden.</p>	<p>Werden Sie darauf einwirken, diese Schieflage in die richtige Balance zu bringen?</p>	<p>DIE LINKE setzt sich für gleichwertige Lebensbedingungen in allen Landesteilen ein. Die Aufteilung von Förderungen auf die einzelnen Regionen muss dem entsprechenden Förderungsziel sowie dem Ziel gleichwertiger Lebensbedingung Rechnung tragen. Eine reine Verteilung nach Bevölkerungsanteilen ist dabei nicht immer zielführend. Gleichwohl wird sich DIE LINKE dafür einsetzen die bisherige Verteilung kritisch zu prüfen.</p>
<p>Kulturelle Förderung 6. Kultur Bei der Kulturförderung ist der badische Landesteil gegenüber dem württembergischen stark benachteiligt. Gemäß den Staatshaushaltsplänen 2012 – 2016 ergibt sich für den badischen Landesteil bezogen auf den Einwohneranteil eine um 74 Mio. € geringere Förderung als für den württembergischen Landesteil.</p>	<p>Was wollen Sie tun für eine gerechte Kulturförderung, damit der badische Landesteil nicht benachteiligt wird?</p>	<p>Es ist Aufgabe der Kulturpolitik, Zugang zum kulturellen Erbe und zum Neuen zu eröffnen. DIE LINKE will, dass die kulturelle Vielfalt und die Vielfalt der Träger kultureller Produktion geschützt und gefördert werden. Auch beim Zugang zu Kultur gilt für DIE LINKE, dass dies in allen Landesteilen gleichermaßen gewährleistet werden muss. Kulturförderung sehen wir als eine öffentliche Aufgabe an und wollen deswegen die öffentliche Förderung ausbauen.</p>
<p>Universitäten und Hochschulen 7. Es herrscht bei der Finanzierung der Universitäten im Land ein großes Ungleichgewicht. In den zurückliegenden Jahren wurden die Badischen Universitäten gegenüber den württembergischen mit den Zuschüssen je Studierenden stark benachteiligt. Für die Badischen Universitäten ergab sich ein</p>	<p>Was wollen Sie tun um zu verhindern, dass es künftig wieder zu einem solchen Ungleichgewicht kommt? Und was wollen Sie tun um den Minderzuschuss der vergangenen Jahre auszugleichen? Unterstützen Sie die Eigenständigkeit der einzelnen DHBWs und wie wollen Sie das erreichen?</p>	<p>DIE LINKE möchte, dass alle Hochschulen in Baden-Württemberg mit Hinsicht auf ihren individuellen Bedarf finanziert und gefördert werden. So würde auch der Minderzuschuss ausgeglichen werden, insbesondere, da hierdurch eine Bedarfsunterfinanzierung entstanden ist. Wir streiten für demokratische Hochschule mit entsprechender Autonomie, das gilt für uns auch</p>

<p>durchschnittlicher jährlicher Minderbetrag von ca. 84,50 Mio Euro!! Alleine in dem Zeitraum von 2003 – 2014 ergab sich dadurch ein Minderzuschuss in Höhe von 1,37 Mrd. €. Die Dualen Hochschulen werden zentralistisch von Stuttgart aus gesteuert und Eigeninitiativen nahezu unterbunden.</p>		<p>für die Dualen Hochschulen.</p>
<p>Wissenschaftsstandort und KIT Förderung 8. Das Land hat mit der Fusion von Uni Ka und FZK zum KIT ein einmaliges Forschungs-, Wissenschafts- und Bildungszentrum in Karlsruhe erhalten. Wichtig ist nun, dass das KIT die zugesagte Selbstständigkeit in allen Bereichen erhält.</p>	<p>Sind Sie bereit sich vorbehaltlos für diese Eigenständigkeit des KIT einzusetzen und auch die entsprechende Finanzierung sicher zu stellen? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das KIT die Differenz zwischen erhaltenen Overhead-Mitteln und tatsächlichen Kosten bei Einwerbung von Drittmitteln durch das Land ausgeglichen wird?</p>	<p>DIE LINKE steht für eine bedarfsgerechte Finanzierung sämtlicher Hochschulen, das gilt auch für das KIT. Die zunehmende Drittmittelfinanzierung und die Kosten für die Einwerbung sehen wir kritisch. Leider sind Hochschulen immer stärker auf Drittmittel angewiesen. Diese öffnen Tür und Tor für eine parteiische und interessengesteuerte Wissenschaft. Hier sehen wir dringenden Handlungsbedarf und setzen wir uns für die Eigenständigkeit der Studierenden und des Lehr- und Forschungspersonals ein.</p>
<p>Mittel der Landesstiftung für das ganze Land 9. Die Erträge der Landesstiftung gehen zum überwiegenden Teil in den Württembergischen Teil. Eine Transparenz darüber ist nicht vorhanden. Erhaltungswürdige Kulturgüter oder Einrichtungen wie z. B. die Majolika gibt es im Badischen und Württembergischen genug.</p>	<p>Werden Sie sich für ein offene und transparente Mittelvergabe einsetzen? Unterstützen Sie den Erhalt und die effektive Absicherung der Majolika? Wie wollen Sie hier eine Angleichung erwirken?</p>	<p>DIE LINKE setzt sich stets für eine transparente Mittelvergabe ein. Die Majolika ist ein Kunst- und Kulturgut, welches vor allem in der Region Karlsruhe einen hohen Stellenwert in der Bevölkerung hat. Den Erhalt und die Absicherung der Majolika unterstützen wir.</p>
<p>Förderung aller Messeaktivitäten 10. Das Messekonzept des Landes bevorzugt die Stuttgarter Messe auf den Fildern. Die Entwicklung</p>	<p>Werden Sie sich für Korrekturen am baden-württembergischen Messekonzept mit dem Ziel einsetzen, die badischen Messestandorte im Land</p>	<p>DIE LINKE will regionale Wirtschaftskreisläufe stärken und die lokale Wirtschaft stärken, insofern würde DIE LINKE im Landtag sich einer kritischen</p>

<p>des Landes sollte alle Messen unterstützen.</p>	<p>stärker zu fördern? Werden Sie ferner darauf hinwirken, dass der offensichtlichen Tendenz der mit Landesmitteln hoch subventionierten Messe Stuttgart, Veranstaltungen auch von anderen Regionalmessen abzuwerben, ein Riegel vorgeschoben wird?</p>	<p>Überprüfung des baden-württembergischen Messekonzeptes nicht verschließen.</p>
<p>Stuttgarter Zoo 11. Das Land unterhält in der Wilhelma den einzigen staatlichen Zoo in Deutschland. Auch andere kulturelle Einrichtungen wie Theaterakademie, Akademie Schloss Solitude Filmakademie, Haus der Gegenwartskunst, Haus der Geschichte, Haus des Buches werden ausschließlich durch das Land finanziert.</p>	<p>Sind Sie bereit, darauf hinzuwirken, dass die Stadt Stuttgart, als „reichste Stadt der Bundesrepublik“, die Wilhelma in städtische Regie übernimmt und sich an der Finanzierung der anderen kulturellen Einrichtungen finanziell beteiligt? Sind Sie bereit, die entsprechenden Einrichtungen wie das Radio-Sinfonie-Orchester Baden-Baden/Freiburg in den Oberzentren Baden-Württembergs in gleicher Weise finanziell zu unterstützen?</p>	<p>Die Finanzierungsstruktur von verschiedenen Einrichtungen ist nicht immer sofort nachzuvollziehen und oftmals unsystematisch, da meist historisch gewachsen. Solche Finanzierungsstrukturen müssen auch im Sinn der Fairness und Transparenz auf dem Prüfstand. Eine stärkere finanzielle Beteiligung bei kulturellen Einrichtungen mit überregionalem Charakter sollte positiv geprüft werden.</p>
<p>Sportförderung -Fußball 12. In den letzten 10 Jahren wurde das ehemalige Neckarstadion in Stuttgart u.a. aus nicht unerheblichen Mitteln des Landes 3 mal umgebaut. Es sollten alle Stadien von Bundesligavereinen gefördert werden.</p>	<p>Wie wollen Sie die Badischen Interessen in diesem Bereich vertreten? Welche klaren Förderrichtlinien würden Sie für das ganze Land vorgeben wollen?</p>	<p>DIE LINKE setzt sich für Transparenz bei der Vergabe von Fördermitteln ein. Die finanzielle Unterstützung privater und gewerblicher Vereine und Unternehmen durch Steuermittel sehen wir kritisch. Für uns ist die starke Beteiligung des Landes am Umbau der Mercedes-Benz-Arena nicht nachvollziehbar. Insbesondere, da die Stadt hier nur zu 60% im Besitz ist und nicht wie beim Wildparkstadion zu 100%. Wir wollen eine Sportförderung, die der Bevölkerung dient und nicht primär den gewerblichen Unternehmen und Vereinen.</p>